

Milchmarkt:

1. Wie steht ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU- Milchmarkt um zeitliche befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?

Die politische Entscheidung, die staatliche Milchquotenregelung zu beenden, hat die Milcherzeuger vor neue Herausforderungen gestellt. Die Freien Wähler sind der Meinung, dass bestehende Sicherheitsnetze weiter ausgebaut werden müssen, um in Krisenzeiten auch besonders den bayerischen Klein- und Mittelbetriebe schnellstmögliche Hilfen zur Verfügung stellen zu können. Wir FREIE WÄHLER haben zur Lösung des Problems seit jeher eine zeitlich befristete Milchmengenreduzierung gegen Ausgleichszahlungen gefordert.

2. Sieht ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Markkrisenphasen alleine in der Branche?

Nach Überzeugung der FREIEN WÄHLER müssen die Bundes- und Staatsregierung die Märkte bei solchen Krisen wieder ins Gleichgewicht bringen und die Milchviehalter aktiv unterstützen. Die Regierungen müssen sich auch für eine europaweite Reduzierung der Milchüberschüsse einsetzen um unsere Landwirte vor einer Pleite zu schützen.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden-/ organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müssten einer entsprechenden Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?

Die Gründung von Branchenverbänden-/ bzw. organisationen ist eine Möglichkeit von vielen die Milchviehaltern zu unterstützen. Jedoch sind wir der Meinung, dass der Staat sich hier nicht dadurch von der Verantwortung drücken darf. Eine Branchenorganisation Milch müsste aktiv bei der Festlegung der Menge, Laufzeit und des Preises mitwirken dürfen.

4. Wie sieht ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?

Wir FREIE WÄHLER sehen diese Haltung als inakzeptabel an. Das Ministerium darf es sich nicht so leicht machen und muss unsere Landwirte aktiv in Milchkrisenphasen unterstützen. Daher sehen wir hier großen Verbesserungsbedarf.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Wir sind der Meinung, dass sich der Staat hier aktiv einbringen muss. Unsere Landwirte dürfen mit dieser Aufgabe nicht alleine gelassen werden.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)

1. Sieht ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Wir FREIE WÄHLER sehen hier eine große Wichtigkeit und Notwendigkeit.

2. Wie bewertet ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission zur Weiterentwicklung der GAP 2020?

Wir sehen den Vorschlag der Kommission zur Weiterentwicklung der GAP 2020 insbesondere in Hinblick auf die Finanzen sehr kritisch. Hier muss unserer Meinung nach ein Etat eingerichtet werden aus welchem Gelder bereitgestellt werden.

3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

Wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung, dass ein wichtiger Schritt die GAP 2020 sozial gerechter zu gestalten eine bessere Honorierung der Arbeitskräfte ist. Eine Ungerechtigkeit sehen wir darin, dass unserer Meinung nach die großen Ackerbetriebe im Nordosten Deutschlands im Vergleich zum restlichen Deutschland durch die Flächenprämie finanziell bevorzugt werden. Hier sollte dringend gehandelt werden.

4. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?

Dieser Auffassung sind wir FREIE WÄHLER nicht. Wir brauchen für benachteiligte Gebiete weiterhin Zahlungen, mit dem Ziel, kostendeckende Preise für die Produkte zu gewährleisten. In der heutigen Situation sind Ausgleichszahlungen sehr wichtig für unsere landwirtschaftlichen Betriebe.

5. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?

Um den Bürokratieabbau bei der Beantragung der Agrargelder abzubauen, wäre unserer Meinung nach die Vereinfachung des Mehrfachantrags ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Politik verspricht hier immer wieder den Abbau unnötiger Bürokratie. Leider zeigt sich in der Praxis, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

6. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkreten zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?

Hierfür bedarf es einer umfangreichen Reform. Eine Möglichkeit wäre, die Gelder hier an bestimmte Leistungen zu koppeln. Auch die Erhöhung für Zahlungen ab dem ersten Hektar wäre eine geeignete Möglichkeit.

Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Wir unterstützen eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung. Uns FREIE WÄHLER liegt besonders die Kennzeichnung unserer Produkte hinsichtlich der Regionalität am Herzen.

Tierwohl

1. Wie soll sich aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER muss der Staat sich hier finanziell einbringen und Anreizprogramme für private Investoren schaffen. Es bestände auch die Möglichkeit, vorhandene einzelbetriebliche Förderprogramme aufzustocken und somit noch attraktiver für Landwirte zu machen.

2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?

Wir FREIE WÄHLER sind der Meinung, dass sich zu viele Label derzeit auf dem Markt befinden. Die hohe Anzahl an Labeln irritiert viele Landwirte und Verbraucher. Eine Reduzierung würde hier Klarheit schaffen. Mit großer Sorge sehen wir, dass einige Supermarkt- und Dicounterketten bereits heute schon bestimmte Produkten mit fehlenden Labeln aus ihren Sortimenten nehmen. Dies führt früher oder später zu einer Zweiklassengesellschaft unter den Landwirten, was wir strikt ablehnen.

3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

Unserer Meinung nach sollten finanzielle Anreize geschaffen werden, um den Milchviehbetrieben einen freiwilligen Ausstieg aus der Anbindehaltung zu vereinfachen. Die Landwirte unter Zwang zu einer Verbesserung der Haltungsbedingungen zu bewegen wäre unserer Meinung nach der falsche Weg. Zudem sollte dies ohne zeitliche Vorgaben geschehen. Ein Anheizen der Diskussionen zu diesem Thema in der Öffentlichkeit sollte vermieden werden, da dies unnötig Druck auf unsere Milchviehhalter ausüben würde.

4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

Ein generelles Verbot der Anbindehaltung sehen wir als kritisch an. Hier sollten wie erwähnt Anreize geschaffen werden, damit die Landwirte freiwillig die Haltungsbedingungen verbessern können.

Novellierung Düngeverordnung

1. Welche Anstrengungen will Ihre Partei unternehmen, die Wiedereinführung der Derogationsregel schnell zu ermöglichen?

Wir FREIE WÄHLER haben bereits einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, in dem wir forderten, dass statt den derzeit erlaubten 170 kg Stickstoff pro Hektar wieder 230 kg pro Hektar ausgebracht werden sollen dürfen. Leider hat die CSU unseren Antrag abgelehnt um nun einen eigenen Antrag, mit nahezu identischen Forderungen, zu beschließen.

2. Wie steht Ihre Partei zu der Erweiterung der Ausnahmeregelungen bezüglich der Festlegung nach der DVO zu verwendenden Gülleausbringtechnik?

Bereits jetzt haben die Landwirte eine Ausbringtechnik in Bodennähe (z.B. „Schwanenhals“) eingeführt. Ab 2025 sollen dann alle Betriebe mit der sog. „Schleppschlauchtechnik“ klarkommen. Dieses Verfahren sehen wir als praxisfremd an. Gerade in längeren Trockenperioden zeigt sich, dass durch das linienförmige Ausbringen die Gülle schlecht verteilt bleibt und Reste bei der Ernte vorhanden sind. Diese kommen dann auf den Futtertisch. Damit ist das Futter ungenießbar für die Tiere und für den Landwirt wertgemindert.

Wolfsproblematik

1. Wie steht Ihre Partei zu den Forderungen, Problemwölfe umgehen zu entnehmen?

Wir FREIE WÄHLER sehen die Ausbreitung des Wolfes in Deutschland wie auch in Bayern sehr kritisch. Insbesondere bei der Weideviehhaltung stellt die erneute Ausbreitung ein großes Problem dar. Den Einsatz von Hütehunden als auch die Einzäunung des Weideviehs sehen wir als praxisfremd und unzureichend an. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass es nicht ausreicht, lediglich Problemwölfe zu entnehmen. Vielmehr wäre es wichtig, den Schutzstatus des Wolfes soweit zu senken, dass eine nachhaltige aber effektive Entnahme ermöglicht und legalisiert wird. Bereits bei der Sichtung eines Wolfes sollte nach unserer Auffassung ein Abschuss möglich sein.